

PRESSEMITTEILUNG DER GEMEINSCHAFTSDIAGNOSE 2/17

Berlin, den 28. September 2017

GEMEINSCHAFTSDIAGNOSE HERBST 2017

Aufschwung weiter kräftig – Anspannungen nehmen zu

Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft hat an Stärke und Breite gewonnen. Neben den Konsumausgaben tragen nun auch das Auslandsgeschäft und die Investitionen zur Expansion bei. Das haben die an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten für die Bundesregierung ermittelt. Die sehr hohe konjunkturelle Dynamik in der ersten Hälfte des laufenden Jahres wird sich zwar etwas abschwächen. Gleichwohl nimmt die Wirtschaftsleistung in diesem und im nächsten Jahr stärker zu als die Produktionskapazitäten wachsen. Im Ergebnis steigt die gesamtwirtschaftliche Auslastung, und die Wirtschaftsleistung liegt über dem Produktionspotenzial. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte in diesem Jahr um 1,9 Prozent und im nächsten Jahr um 2 Prozent zulegen (kalenderbereinigt 2,2 bzw. 2,1 Prozent).



SENDESPERRFRIST
28. Sept. 2017, 11:00 Uhr MESZ

PRESSEKONTAKT

Guido Warlimont
Institut für Weltwirtschaft, Kiel
Tel +49 431 8814-629
guido.warlimont@ifw-kiel.de

ANSPRECHPARTNER

Prof. Dr. Stefan Kooths
Institut für Weltwirtschaft, Kiel
Tel +49 431 8814-579
stefan.kooths@ifw-kiel.de

www.gemeinschaftsdiagnose.de

Tabelle

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Reales Bruttoinlandsprodukt						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,9	1,7	1,9	1,9	2,0	1,8
Erwerbstätige im Inland in 1 000 Personen	42 672	43 069	43 638	44 285	44 768	45 155
Arbeitslose in 1 000 Personen	2 898	2 795	2 691	2 541	2 460	2 380
Arbeitslosenquote BA ¹ in %	6,7	6,4	6,1	5,7	5,5	5,2
Verbraucherpreise ²						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,9	0,2	0,5	1,7	1,7	1,8
Lohnstückkosten ³						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,4	1,8	1,6	1,9	1,8	2,0
Finanzierungssaldo des Staates ⁴						
in Mrd. Euro	9,5	19,4	25,7	28,3	37,3	43,7
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	0,3	0,6	0,8	0,9	1,1	1,2
Leistungsbilanzsaldo						
in Milliarden Euro	218,0	260,0	262,4	254,5	267,4	278,6
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	7,4	8,5	8,3	7,8	7,9	7,9

¹ Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit). – ² Verbraucherpreisindex (2010 = 100). – ³ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – ⁴ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2017 bis 2019: Prognose der Institute.

In der ersten Jahreshälfte beschleunigte sich das **Expansionstempo** deutlich – die Jahresrate betrug 2,5 Prozent. „Impulse kamen von den Exporten, die in der ersten Jahreshälfte in beschleunigtem Tempo anzogen. Aber auch die inländische Verwendung blieb eine treibende Kraft der Expansion“, sagte Stefan Kooths, Leiter des Prognosezentrums am Kieler Institut für Weltwirtschaft. Die privaten und die staatlichen Investitionsausgaben nahmen kräftig zu. Die Bautätigkeit wurde weiterhin von niedrigen Zinsen und erhöhtem Bedarf an Wohnraum

angeregt. Auch die Ausrüstungsinvestitionen expandierten kräftig; sie dürften nicht zuletzt vom anziehenden Auslandsgeschäft stimuliert worden sein.

„Da die Konjunktur bereits seit einiger Zeit kräftig aufwärtsgerichtet ist, machen sich in einigen Segmenten der Wirtschaft erste Zeichen einer **Anspannung** bemerkbar“, sagte Kooths. Am Arbeitsmarkt hat die Zahl der gemeldeten Stellen deutlich zugenommen, und es dauert immer länger, bis eine gemeldete Stelle besetzt werden kann. Insbesondere in der Baubranche geben mehr und mehr Unternehmen an, dass ein Mangel an Arbeitskräften ihre Produktion beeinträchtigt. In diesem Sektor steigen die Preise inzwischen recht kräftig. Auch die Erzeugerpreise (ohne Energieträger) sind im bisherigen Verlauf dieses Jahres merklich gestiegen, während sich die Teuerung auf der Verbraucherebene moderat erhöht hat.

Für die zweite Hälfte dieses Jahres erwarten die Institute eine erneut kräftige gesamtwirtschaftliche Expansion, wobei das Tempo gegenüber dem ersten Halbjahr nur leicht nachgeben dürfte. Alles in allem prognostizieren die Institute, dass das **Bruttoinlandsprodukt** im Jahr 2017 um 1,9 Prozent steigen wird; das 68-Prozent-Prognoseintervall reicht dabei von 1,7 bis 2,1 Prozent. Arbeitstäglich bereinigt ergibt sich für 2017 ein Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um 2,2 Prozent; das ist der höchste Wert seit 2010. Damit heben die Institute ihre Einschätzung vom Frühjahr für das laufende Jahr um 0,4 Prozentpunkte an.

Im weiteren Prognosezeitraum dürfte sich der **Aufschwung** fortsetzen. Er steht mittlerweile auf deutlich breiterer Basis als noch vor einem Jahr. Auch die Investitionen tragen spürbar zur gesamtwirtschaftlichen Expansion bei, und es kommen weiterhin kräftige Impulse aus dem Ausland. Für das nächste und übernächste Jahr rechnen die Institute mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 2 Prozent bzw. 1,8 Prozent.

Die **Investitionstätigkeit** kommt spürbar in Gang, auch wenn die Expansionsraten hinter den Werten früherer Hochkonjunktoren zurückbleiben. Da die Kapazitätsauslastung inzwischen hoch ist, dürften die Unternehmen mehr und mehr Erweiterungsinvestitionen vornehmen.

Etwas abnehmen dürfte die Dynamik der **privaten Konsumausgaben**, auch wenn sie im langfristigen Vergleich hoch bleibt. Dämpfend wirken hier zum einen die – sofern die Politik nicht gegensteuert – weiter zunehmende Abgabenbelastung, zum anderen die höhere Inflation. Die Bruttolöhne dürften hingegen mit nahezu unveränderten Raten zunehmen.

Die **Exporte** werden von der kräftigen Weltkonjunktur, insbesondere vom sich fortsetzenden Aufschwung im Euroraum stimuliert; nur teilweise wird dies durch die zuletzt recht kräftige Aufwertung des Euro ausgeglichen, die die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verringert und daher dämpfend wirkt.

Die Lage auf dem **Arbeitsmarkt** wird sich weiter verbessern. Die Zahl der Erwerbstätigen nimmt weiter zu, wenngleich im Zuge der etwas schwächer

steigenden Produktion mit geringerem Tempo. Zudem dürfte aufgrund von Knappheiten in einigen Bereichen des Arbeitsmarktes das vorhandene Personal stärker ausgelastet werden, was sich auch darin äußert, dass die Arbeitszeit je Erwerbstätigen nicht mehr sinkt. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte 2018 um 1,1 Prozent und 2019 um 0,9 Prozent zulegen, nach einem Plus von 1,5 Prozent in diesem Jahr. Die registrierte **Arbeitslosigkeit** wird aber weiterhin in geringerem Maße zurückgehen, als die Beschäftigung steigt. Ursachen hierfür sind die zunehmende Erwerbsbeteiligung insbesondere von Frauen und Älteren und die sich fortsetzende Zuwanderung. Hinzu kommt, dass die in den vergangenen Jahren nach Deutschland gekommenen Flüchtlinge nach Abschluss von Asylverfahren und Qualifizierungsmaßnahmen vermehrt dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Die Arbeitslosenquote wird voraussichtlich von 5,7 Prozent in diesem Jahr auf 5,5 Prozent im kommenden Jahr und 5,2 Prozent im Jahr 2019 sinken.

Der **Preisaufrieb** dürfte sich im Prognosezeitraum nur leicht beschleunigen. Die Institute rechnen mit einem Anstieg der Verbraucherpreise um jeweils 1,7 Prozent im laufenden und im kommenden Jahr und um 1,8 Prozent im Jahr 2019.

Die **Finanzlage des Staates** wird sich im Prognosezeitraum weiter verbessern. Die staatlichen Einnahmen werden weiter sprudeln, da eine von der inländischen Verwendung getragene Expansion abgabenergiebig ist und umfangreichere Steuersenkungen hier nicht unterstellt sind. Die Staatsausgaben dürften – legt man die vorliegende Haushaltsplanung zugrunde – mit sich leicht abschwächenden Raten zunehmen. Für dieses Jahr zeichnet sich eine Zunahme des Budgetüberschusses des Staates von 26 Milliarden Euro auf 28 Milliarden Euro ab. Der Überschuss dürfte im Jahr 2018 auf 37 Milliarden Euro und im Jahr 2019 auf 44 Milliarden Euro zunehmen. Die Überschüsse im Staatshaushalt sind nur zum kleineren Teil konjunkturell bedingt. Der Schuldenstand des Staates wird in Relation zur Wirtschaftsleistung weiter sinken und im Jahr 2019 die 60-Prozent-Marke unterschreiten „Sofern die nächste Bundesregierung die sich aus den strukturellen Budgetüberschüssen ergebenden Spielräume für Abgabensenkungen oder Mehrausgaben nutzt, wäre die Finanzpolitik nicht nur in diesem, sondern auch im weiteren Prognosezeitraum expansiv ausgerichtet, andernfalls würde sie ab dem kommenden Jahr in etwa neutral wirken“, so Kooths.

Die **Wirtschaftspolitik** war in der zurückliegenden Legislaturperiode wenig wachstumsorientiert. Hervorzuheben ist aber, dass die Konsolidierungspolitik der vergangenen Jahre die Verschuldung der öffentlichen Hand in Relation zur Wirtschaftsleistung erfolgreich zurückgeführt hat, so dass sich Deutschland derzeit als starke Volkswirtschaft mit einem handlungsfähigen Staat darstellt.

Die sich für den Prognosezeitraum abzeichnenden strukturellen Budgetüberschüsse des Staates in Höhe von $\frac{3}{4}$ Prozent der Wirtschaftsleistung sollten genutzt werden, um die **ökonomischen Rahmenbedingungen** zu verbessern; für eine an kurzfristigen konjunkturellen Zielen ausgerichtete Politik besteht angesichts der ohnehin guten Kapazitätsauslastung derzeit kein Bedarf.

Aus Sicht der Institute ist der Einnahmenseite des Staates eine verstärkte Beachtung zu schenken. Angesichts der auch im internationalen Vergleich hohen Belastung der Arbeitseinkommen mit Abgaben und der insbesondere stark gestiegenen Einnahmen aus direkten Steuern ist dabei der Verlauf des Einkommensteuertarifs in den Blick zu nehmen. Aber auch bei den Sozialabgaben, die gerade für Bezieher niedrigerer Einkommen von besonderer Bedeutung sind, bestehen Spielräume, insbesondere in der Arbeitslosenversicherung.

Korrekturen im Bereich der Sozialversicherungen sind auch angesichts der anstehenden demografischen Herausforderungen angezeigt. So dürfte sich insbesondere die Situation der gesetzlichen Rentenversicherung mittel- bis langfristig spürbar verschlechtern. Bislang hat sich der demografische Wandel noch nicht allzu deutlich bemerkbar gemacht, aber der Prozess der Alterung ist bereits im Gange. „Die deutsche Wirtschaft durchläuft derzeit ein Zwischenhoch bei den Potenzialwachstumsraten, die im kommenden Jahrzehnt aus demografischen Gründen deutlich geringer ausfallen werden“, so Kooths.

Anlage

Langfassung des Gutachtens

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Aufschwung weiter kräftig – Anspannungen nehmen zu, Herbst 2017. Kiel 2017.

Die Langfassung des Gutachtens ist am 28. September 2017 ab 11:00 Uhr unter www.gemeinschaftsdiagnose.de/category/gutachten/ abrufbar.

Über die Gemeinschaftsdiagnose

Die Gemeinschaftsdiagnose wird zweimal im Jahr im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie erstellt. Am Herbstgutachten 2017 haben mitgewirkt:

- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) in Kooperation mit dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung
- ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. in Kooperation mit der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich
- Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW)
- Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)
- RWI Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Kooperation mit dem Institut für Höhere Studien Wien

Wissenschaftliche Ansprechpartner

Dr. Ferdinand Fichtner
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)
Tel +49 30 89789 248
FFichtner@diw.de

Professor Dr. Timo Wollmershäuser
ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.
Tel +49 89 9224 1406
Wollmershaeuser@ifo.de

Professor Dr. Stefan Kooths
Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW)
Tel +49 341 8814 579 oder +49 30 2067 9664
Stefan.Kooths@ifw-kiel.de

Professor Dr. Oliver Holtemöller
Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)
Tel +49 345 7753 800
Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Professor Dr. Roland Döhm
RWI Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
Tel +49 201 8149 262
Roland.Doehm@rwi-essen.de